

OP 25.06.2011

Kreistag will Überblick zu Biogasanlagen schaffen

Ursprünglicher Antrag der Linken scheitert an Koalition und SPD

von Michael Agricola

Marburg. Mit möglichen Nachteilen aus der Nutzung von Bioenergie im Kreis beschäftigte sich der Kreistag ausführlich in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause.

Biogasanlagen sind ein wichtiger Baustein bei der Nutzung von regenerativen Energien. Und weil sie derzeit gut subventioniert werden, gibt es vielerorts im Kreis Interesse, weitere Anlagen zu errichten. Nach Ansicht der Linken im Kreistag muss deshalb jetzt eine regionale Planung helfen, Wildwuchs zu vermeiden.

Denn der Flächenverbrauch nehme zu, weil die Anlagen „gefüttert“ werden müssen. Die Linke, Befürworter der Nutzung erneuerbarer Energieträger, wendet sich vor allem gegen den verstärkten Anbau von Energiepflanzen, die speziell für solche Anlagen angebaut werden.

Schon in den Ausschüssen war dies eingehend diskutiert worden – gar nicht mal, weil die Fraktionen grundsätzlich anderer Meinung gewesen wären. Es ging eher um die Konsequenzen daraus. Im neugegründeten Energieausschuss war zwar nach ausgiebiger Diskussion aus dem Ursprungsantrag der Linken ein gemeinsamer Änderungsantrag geworden, der von Linken-Vertreterin Dr. Ingeborg Cernaj mit abgestimmt wurde.

Doch in der Hauptausschusssitzung ruderte ihre Fraktionskollegin Anna Hofmann zurück und kippte den ungewöhnlich breiten Konsens von CDU-Grüne-Freie-Wähler-Koalition, FDP und SPD sowie der Linken.

Kataster über die Anlagen im Kreis wird abgelehnt

Hofmann wollte nach Rücksprache mit der Fraktion nicht auf die Forderung nach einer Erstellung eines Katasters für Biogasanlagen verzichten. Das wiesen die anderen Fraktionen jedoch als überflüssig zurück, unter anderem, weil es nur unnötigen Verwaltungsaufwand und damit Kosten verursachen würde.

Auch in der Kreistagssitzung am Freitag mochte die Linke von ihrer Position nicht abrücken, sodass der Alternativantrag beschlossen wurde, dem neben der Koalition auch die SPD ihre Stimme gab.

Demnach soll der Kreisausschuss den Sachstand der Aktivitäten in Sachen Biogas im Kreis zusammenstellen, unter Berücksichtigung, welche Potenziale es gibt und welches Material in die Anlagen geht.

Außerdem soll ein Überblick über die Förderung des Kreises und die Steuerungsmöglichkeiten in Hinblick auf den Einsatz von Energiepflanzen oder biologischen Abfällen, auf die Technik und die Nutzung von

Kraft-Wärme-Kopplung oder die Einspeisung von Strom, geprüft werden.

„Erneuerbare Energien haben nicht nur Vorteile, darüber muss man sich im Klaren sein“, stimmte der Grüne Michael Meinel zu, dass der Antrag der Linken in die richtige Richtung gehe. Doch der Nutzwert eines Katasters sei gering und den von der Linken geforderten Runden Tisch gebe es in Form einer Arbeitsgemeinschaft schon.

Michael Richter-Plettenberg (SPD) kritisierte diesbezüglich eine „herrliche Uninformiertheit“ der Linken, forderte aber, dass in einem Sachstandsbericht nicht nur (selbst-)lobend stehen solle, was der Kreis schon alles getan habe.

Ganz andere Töne schlug Jörg Behlen von der FDP an. Der Landwirt kritisierte, dass große Landeigentümer und „vermögende Menschen“ wie er durch die attraktive Förderung von Windkraftanlagen und Biogasanlagen „auf Kosten der Sozialhilfeempfänger“ subventioniert würden.

Durch das steigende Interesse seien die Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen zugleich stark angestiegen. „So kann eine Gesellschaft auf Dauer nicht handeln“, sagte Behlen. Er forderte ein Umdenken in der Subventionspolitik, denn er bezweifle, dass „es sinnvoll ist, „Reiche“ auf diesem Weg „noch reicher zu machen“.